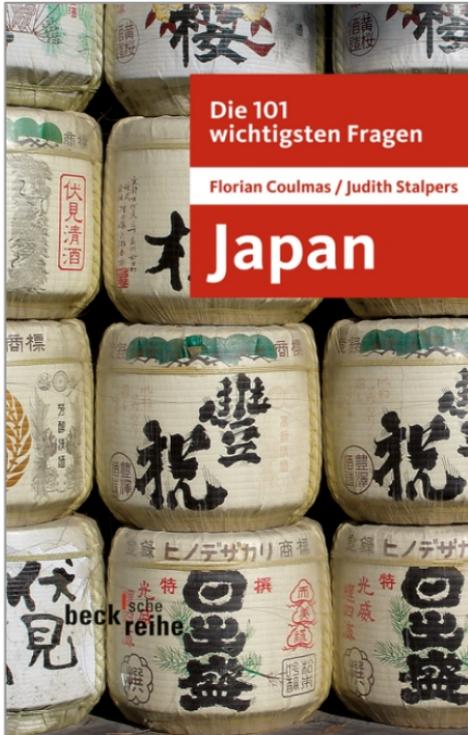


Unverkäufliche Leseprobe



Florian Coulmas, Judith Stalpers Die 101 wichtigsten Fragen: Japan

160 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-61404-0



Bevölkerung

37. Wie groß ist die japanische Bevölkerung? Mit 127 Mio. (2009) Einwohnern steht Japan auf Platz 10 der bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Sein Anteil an der Weltbevölkerung beträgt 1,87 %, weniger als ein Zehntel des großen Nachbarn China mit 19,59 %. Die Bevölkerungsgröße eines Landes entscheidet nicht über seine Bedeutung in der Welt, aber unwichtig ist sie in der Epoche des Konsumkapitalismus nicht. Japan hat einen großen heimischen Markt, der es der Industrie erlaubt, sich auf den internationalen Wettbewerb vorzubereiten. Jahrzehntlang ist die japanische Wirtschaft gewachsen, nicht zuletzt weil die Bevölkerung wuchs. Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts hat sie sich verdoppelt. Gegen Ende des Jahrhunderts strebte das Bevölkerungswachstum gegen null, das Wirtschaftswachstum auch. Das bedeutet nicht zwingend einen Kausalzusammenhang, aber dass es schwieriger wird, Wirtschaftswachstum zu erreichen, wenn die Bevölkerung schrumpft, liegt nahe. Nach Projektionen des japanischen Instituts für Bevölkerung und Soziale Sicherheit wird die japanische Bevölkerung ohne Zuwanderung bis 2055 um mehr als ein Fünftel auf 99 Mio. zurückgehen.

38. Wie viele Ausländer leben in Japan? Nach Angaben des Justizministeriums lebten 2009 rund 2,19 Mio. registrierte Ausländer in Japan, rund 1,74 % der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zu anderen Industrieländern ist das wenig, insbesondere da diese Zahl auch langjährig in Japan ansässige Koreaner und Chinesen umfasst, die aus historischen Gründen nicht die japanische Staatsangehörigkeit haben. Beide Gruppen machen je etwa 30 % der nicht-japanischen Bevölkerung aus. Viele von ihnen sind in Japan geboren, sprechen Japanisch und fallen auch sonst in der japanischen Gesellschaft wenig auf. Sie sind aber im Sinne des Gesetzes Ausländer. Eine Differenzierung gibt es nur insofern, als langjährig ansässige Ausländer sich leichter naturalisieren lassen können. Inoffiziell wird zwischen sogenannten *Newcomers* und *Oldcomers* unterschieden.

Oldcomers sind die Koreaner und Chinesen, die seit mehreren Generationen zum Teil in kompakten Siedlungen im Land sind. Als *Newcomer* bezeichnet man die Arbeitsmigranten, die seit Mitte der 1980er Jahren vermehrt ins Land gekommen sind, sowie ausländische

Studenten und entsandte Beschäftigte ausländischer Firmenniederlassungen, die für wenige Jahre nach Japan kommen. Die Zuwanderung ungelernter Arbeiter ist offiziell nicht möglich, da der japanische Staat eine sehr restriktive Immigrationspolitik betreibt. Gerade in diesem Bereich wächst jedoch der Druck, die Bestimmungen zu lockern. Die japanischen Wirtschaftsverbände haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die werktätige Bevölkerung seit vielen Jahren schrumpft und es in manchen Sparten Arbeitskräftemangel gibt.

Um Engpässe in der Kranken- und Altenpflege abzumildern, hat Japan 2008 und 2009 mit den Philippinen bzw. Indonesien wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen geschlossen, die auch die Aufnahme von Kranken- und Altenpfleger(innen) beinhalten. Manche Beobachter erkennen darin erste zögerliche Anfänge einer liberaleren Zuwanderungspolitik, eine Sichtweise, die nicht zuletzt darin begründet ist, dass die gegenwärtigen strengen Richtlinien im vollen Wissen der Behörden ständig unterlaufen werden. Freien Zugang zum japanischen Arbeitsmarkt haben ungelernete ausländische Arbeitskräfte, sofern sie japanischer Abstammung (*nikkeijin*) sind. Dank dieser Bestimmung sind seit den 1980er Jahren viele Brasilianer und andere Südamerikaner ins Land gekommen, deren Eltern oder Großeltern in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts aus Japan emigriert waren. Eine weitere Visakategorie, die als Hintertür für ungelernete Ausländer fungiert, ist die des «Praktikanten» (4% der registrierten Ausländer). Nominell dient sie der Ausbildung von Bürgern hauptsächlich aus Entwicklungsländern und somit dem Wissenstransfer. Sie wird aber systematisch dafür ausgenutzt, ungelernete Arbeitskräfte ins Land zu holen und bei geringem Lohn zu beschäftigen.

39. Wo leben die ältesten Japaner? Japan ist das Land mit der ältesten Bevölkerung der Welt. Dafür gibt es verschiedene Maßstäbe. Am häufigsten vergleicht man die Lebenserwartung bei Geburt. Hier steht Japan nach Zahlen von 2009 mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung für beide Geschlechter von 82,6 Jahren an der Weltspitze. Dabei überleben die Japanerinnen (86,1) ihre Männer (79,0) um stolze 7 Jahre. Ein anderes Maß ist das Medianalter einer Bevölkerung, das diese in zwei genau gleich große Hälften teilt, deren eine älter und deren andere jünger als dieses Alter ist. Hier wird Japan (44,6) nur von Monaco (48,9) übertroffen (2010). Deutschland und Italien folgen mit 43,7 bzw. 44,3 Jahren.

Noch ein Indikator für die Bevölkerungsalterung ist die Anzahl der Hochbetagten. Jedes Jahr im September am Tag des Respekts vor dem Alter veröffentlicht die japanische Regierung diesbezügliche Zahlen. Danach lebten 2009 im ganzen Land 40 399 Personen, die 100 Jahre alt oder älter waren. 1963, als diese Statistik zum ersten Mal erhoben wurde, gab es 163 Hundertjährige. Bis Mitte des Jahrhunderts wird sich die Zahl nach einer Schätzung 1 Mio. nähern.

Japans Alterung ist spektakulär und insgesamt Beweis einer äußerst erfolgreichen Gesellschaft. Sie hat viele interessante Aspekte. Einer davon ist, dass die Alterung in Japan wesentlich schneller voranschritt als in anderen Industrieländern. Ein anderer, dass es regionale Unterschiede gibt. Besonders auffällig ist die hohe Konzentration von Hundertjährigen in Okinawa. Mit 50 Hundertjährigen auf 100 000 liegt Okinawa an der Spitze Japans und damit der Welt. Da es in Okinawa seit 1879 ein Familienregister gibt, sind die Daten verlässlich. 90 % der Hundertjährigen sind Frauen, aber auch Männer werden in Okinawa alt. Interessant ist das vor allem deshalb, weil es der insgesamt durchaus zutreffenden Redensart, «weil du arm bist, musst du früher sterben», nach der Langlebigkeit mit Wohlstand einhergeht, widerspricht. Denn Okinawa ist die ärmste der 47 Präfekturen Japans.

Die Langlebigkeit der Okinawaner erklärt die Forschung als Ergebnis des Zusammenwirkens von Ernährung, Lebensstil und Genetik. Im Bezug auf die im Weltmaßstab geltende Korrelation von Wohlstand und Lebenserwartung, die auch die Steigerung der japanischen Lebenserwartung im Laufe des 20. Jahrhunderts erklärt, deutet sie darauf hin, dass sich die Verringerung der Armut stark auf die Steigerung der Lebenserwartung auswirkt, weiter wachsender Wohlstand aber immer weniger ins Gewicht fällt, wenn die Grundbedürfnisse des Lebens erfüllt sind. Darauf deutet auch hin, dass Okinawa die «gesündeste» Bevölkerungsstruktur aller Präfekturen aufweist. 2010 betrug der Bevölkerungsanteil der Kinder von 0–14 in Okinawa 18,4 %, in Tokyo nur noch 11,7 %, Tendenz fallend. Trotz Langlebigkeit sind die Probleme der Alterung in Okinawa somit geringer als in metropolen Ballungsgebieten.



Gesellschaft

44. Darf eine Frau auf den Chrysanthementhron?

Im Laufe der Geschichte hatte Japan gelegentlich auch Kaiserinnen, aber seit der Meiji-Zeit wird die Vorstellung gepflegt und gesetzlich gestützt, dass den Thron nur ein männlicher Spross der männlichen Abstammungslinie besteigen darf. Der heutige Kronprinz Naruhito und seine Frau, Prinzessin Masako, haben nur ein Kind, Prinzessin Aiko, und auch alle anderen Thronanwärter seiner Generation von Haupt- und Seitenlinien hatten bis 2006 nur Töchter. Seit 40 Jahren war in der kaiserlichen Familie kein männlicher Erbe geboren worden. Die Thronfolge schien daher akut in Gefahr, wodurch eine öffentliche Debatte über die geltenden Bestimmungen des Kaiserlichen Hausgesetzes ausgelöst wurde. Nach diesem Gesetz (von 1947) ist die Thronberechtigung an vier Bedingungen geknüpft. Kaiser kann nur werden, wer

1. vom kaiserlichen Geschlecht abstammt,
2. Spross einer legitimen Ehe des Tennōs ist,
3. ein männlicher Nachkomme in männlicher Linie ist und
4. der kaiserlichen Familie angehört.

Die zweite Bedingung ist insofern bedeutsam, als in der Vergangenheit (bis in die Meiji-Zeit) viele Kaiser Söhne von Nebenfrauen des Kaisers waren, einer systemerhaltenden Institution, die besonders wichtig war, wenn die Ehefrau des Kaisers keinen Sohn gebar. Die öffentliche Debatte um die Thronfolge konzentriert sich jedoch auf Bedingung 3, während die Bedingungen 1, 2 und 4 nicht in Frage gestellt werden. Da das Fehlen eines männlichen Erben für die Thronfolge ein ernstes Problem zu werden drohte, berief die Regierung Koizumi einen Weisenrat ein, der Vorschläge für die Novellierung des Kaiserlichen Hausgesetzes erarbeiten sollte. In seinem Abschlussbericht vom 24. November 2005 empfahl der Weisenrat die Zulassung der weiblichen Thronfolge und der matrilinearen Abstammung.

Die Debatte über die Thronfolge fiel zeitlich mit verstärkten feministischen Protesten gegen strukturelle Diskriminierung von Frauen zusammen, die sich vor allem gegen die eklatante Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen richteten. Der Weisenrat rechnete damit, dass seine Empfehlungen von der Bevölke-

rung mit großer Zustimmung aufgenommen würden, und Ministerpräsident Koizumi kündigte diesen Empfehlungen folgend an, im Parlament einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Gesetzes einzubringen. Nachdem jedoch nur wenige Wochen später bekannt wurde, dass Prinzessin Kiko, die Frau von Prinz Fumihito, des jüngeren Bruders des Kronprinzen und Nr. 2 in der Thronfolge, schwanger war, wurde der Gesetzentwurf auf Eis gelegt. Im September 2006 brachte Prinzessin Kiko einen Sohn zur Welt, Prinz Hisahito, was die Traditionalisten, die an der patrilinearen Abstammung des Kaisers festhalten wollen, aufatmen ließ.

Für die progressiven Kräfte in der Gesellschaft war die Entscheidung der Regierung, die Gesetzesnovellierung einstweilen nicht weiterzuverfolgen, eine große Enttäuschung. Sie hatten sich erhofft, dass die Legitimierung der weiblichen Thronfolge durch Einführung des geschlechtsunabhängigen Erstgeburtsrechts ein Zeichen setzen würde, um die Gleichstellung in Japan voranzutreiben. Nach dem geltenden Kaiserlichen Hausgesetz ist Prinz Hisahito nun der einzige Thronanwärter in seiner Generation. Diese prekäre Situation wird es daher über kurz oder lang erzwingen, dass die Debatte um die Möglichkeit der weiblichen Thronfolge auf politischer Ebene wieder aufgenommen wird.

45. Wie funktioniert das japanische Schulsystem? Japan erfreut sich eines hohen Bildungsstandards, der auf dem effizienten Schulsystem und der traditionellen Wertschätzung der Gelehrsamkeit beruht. Seit der Schulreform von 1947 ähnelt es strukturell dem amerikanischen System: Auf sechs Jahre Grundschule folgen drei Jahre Mittelschule und drei Jahre Oberschule. Die Schulpflicht umfasst neun Jahre, aber über 95 % der Schüler gehen nach der Mittelschule weiter zur Oberschule, die nur rund 2 % ohne Abschluss verlassen. Nach der Oberschule kommt der Bereich der höheren Bildung: vierjährige Universitäten und zwei- oder dreijährige Hochschulen. 2009 erreichte die Übergangsquote Oberschule-Universität bzw. Hochschule 50 % des Jahrgangs. Die Graduiertenabteilungen der Universitäten mit zweijährigen Master-Studiengängen und dreijährigen Doktorkursen werden, verglichen mit anderen Industrieländern, nur von sehr wenigen Studenten besucht. Diese Abteilungen stellen lediglich 4 % aller Studierenden.

Das Schulsystem ist gemischt öffentlich-privat finanziert. Je höher



Grundschüler in der U-Bahn (Foto J.S.)

die Stufe, desto größer der Anteil der privaten Trägerschaft. Fast alle Grundschulen sind öffentlich, während 80 % der rund 740 Universitäten des Landes privat sind und trotz staatlicher Zuschüsse hohe Studiengebühren erheben. Im internationalen Vergleich der Ausgaben für den tertiären Bildungsbereich rangiert Japan mit 1,4 % des BIP knapp unter dem OECD-Mittel (BRD 1,1 %, USA 2,9 %), aber der Anteil der öffentlichen Hand an diesen Kosten ist mit 32,2 % (2009) extrem niedrig (BRD 85 %).

Ein besonderes Merkmal des japanischen Schulsystems ist der durch Aufnahmeprüfungen geregelte Übergang von einer Stufe zur nächsten. Diese Art der Zugangsbeschränkung hat eine Hierarchie der Bildungseinrichtungen entstehen lassen, an deren Spitze die Universität von Tokyo und andere staatliche Universitäten stehen. Sie sind vergleichsweise billig und bieten ihren Absolventen gute Berufschancen. Die Konkurrenz um einen Studienplatz in einer dieser oder einer anderen angesehenen Universität ist hart. Aufnahmeprüfungen gibt es außer in den öffentlichen Schulen bis Ende der Schulpflicht auf allen Stufen, selbst schon für renommierte Kindergärten. Um die Chancen zu verbessern, schicken viele Eltern ihre Kinder auf private Vorbereitungsschulen (*yobikō* oder *juku*), die zu einem System neben

der regulären Schule geworden sind. 2004 gab es im ganzen Land fast 50 000 Vorbereitungsschulen.

Kritiker bemängeln, dass die Schule durch den Konkurrenzdruck immer mehr auf die Vermittlung von Faktenwissen reduziert wird und außerdem der Einfluss des elterlichen Wohlstands auf die Bildungschancen zunimmt. Um dem entgegenzuwirken, beschloss die japanische Regierung 2010 eine monatliche Zuwendung für jedes schulpflichtige Kind in Höhe von 13 000 Yen (ca. 120 Euro). Angesichts von Japans hoher Staatsverschuldung ist eine fühlbare Verschiebung der Bildungskosten von den Privathaushalten zur öffentlichen Hand in naher Zukunft nicht zu erwarten.

46. Was kostet ein Oberschulabschluss? Das japanische Schulsystem gilt als gut und effizient, denn mit 3,6 % vom BIP gibt Japan deutlich weniger dafür aus als der OECD-Durchschnitt, und japanische Schüler schneiden in internationalen Vergleichstests insgesamt gut ab. Aber für Eltern ist die Schulbildung ihrer Kinder ein teurer Spaß. Ein Bestseller aus dem Jahr 2004 trug den Titel: «Die Kinder werden groß, auch wenn man kein Geld hat. Ausbildungsplan für ein einfaches Leben». Der Autor, Wirtschaftswissenschaftler und Gesellschaftskritiker Takuro Morinaga, hatte einen empfindlichen Nerv getroffen. Die Belastung der privaten Haushalte durch die Kosten der Schulbildung ist so groß, dass sie von vielen für Japans niedrige Geburtenrate (mit)verantwortlich gemacht wird.

Eine vierzehnjährige Schullaufbahn bis zum Oberschulabschluss kostet, wenn sie durchgehend in öffentlichen Schulen absolviert wird, ca. 5,3 Mio. Yen (ca. 48 000 Euro), eine solche in Privatschulen ca. 16 Mio. Yen (ca. 145 000 Euro). Kombinationen beider Schultypen addieren sich zu einer Summe dazwischen. Das sind pro Kind jährlich 3500 bis 10 300 Euro. Und damit haben die Kinder noch nicht angefangen zu studieren, noch enthalten diese Kosten die Gebühren privater Nachhilfeschulen (*juku*), die von über der Hälfte aller Oberschüler, 65 % der Mittelschüler und 24 % der Grundschüler besucht werden. Je nach Anzahl der Stunden belaufen sich die Kosten dafür auf 35 000 bis 50 000 Yen im Monat (ca. 320 bis 450 Euro). Hinzu kommen Kosten für außerschulischen Unterricht wie Musik, Sport und Fremdsprachen, insbesondere Englisch. Ein Oberschulabschluss kostet die Eltern somit zwischen 55 000 und 150 000 Euro pro Kind.

Ohne ein gutes regelmäßiges Einkommen ist eine solche Summe

schwer aufzubringen. Zwar sehen die Schulträger verschiedene Möglichkeiten der Beihilfe und Schulgeldbefreiung für wirtschaftlich schwache Familien vor, damit rechnet jedoch niemand gern bei der Gründung einer Familie. Angesichts der Vielzahl der Schulen in privater Trägerschaft und der angespannten Finanzlage der öffentlichen Kassen ist eine Verlagerung der Kosten der Schulbildung von privaten Haushalten zur öffentlichen Hand im Interesse der Entlastung junger Familien höchst unwahrscheinlich. Das zeigten schon die Schwierigkeiten bei der Erhöhung des Kindergeldes, die 2010 von der Regierung geplant war, um die Familien zu entlasten. Die Haushaltslage erzwingt den Verzicht auf diese Maßnahme. So wird Schulgeld weiterhin ein erheblicher Kostenfaktor für die privaten Haushalte bleiben.

47. Ist Japan eine Klassengesellschaft? Das moderne Japan ist oft als eine sehr homogene Gesellschaft beschrieben worden. Das bezog sich nicht nur auf die zahlenmäßige Geringfügigkeit ethnischer Minderheiten, sondern auch auf die soziale Differenzierung. Während die Gesellschaftsanalyse in Europa lange darauf beruhte, dass die Gesellschaft hierarchisch geschichtet ist, wobei soziale Unterschiede entweder als solche der Verfügung über Produktionsmittel beschrieben wurden oder in Bezug auf unterschiedliche Lebenschancen, herrschte in Japan lange die Meinung, dass Klasse bzw. soziale Schicht keine Begriffe seien, die dem Verständnis der japanischen Gesellschaft förderlich sein können. Sowohl Wissenschaftler als auch Laien machten sich ein anderes Bild von ihrer eigenen Gesellschaft. Danach bestimmt sich der Platz der Individuen in der Gesellschaft weniger durch seine Position auf einer Stufenleiter – die da oben, wir hier unten – als durch seine Zugehörigkeit zu einer Körperschaft – Familie und vor allem Firma.

Beredten Ausdruck verlieh dieser Vorstellung die Sozialanthropologin Chie Nakane, die Japan als eine quasi klassenlose Gesellschaft beschrieb. Der von ihr geprägte Begriff der «vertikal strukturierten Gesellschaft» (*tate shakai*) erwies sich als außerordentlich suggestiv und wurde sowohl in Japan als auch im Ausland zum Gemeinplatz, mit dem sich gewisse Unterschiede zwischen Japan und westlichen Industriegesellschaften erklären bzw. wegerklären ließen. Japan verstand sich als «nivellierte Mittelstandsgesellschaft». Erst mit der Finanzkrise der frühen 1990er Jahre verlor diese Vorstellung an Überzeugungskraft. Inzwischen ist sie von dem Begriff der «Differenz-

gesellschaft» (*kakusa shakai*), in der es Gewinner und Verlierer gibt, verdrängt worden. Soziale Unterschiede, am deutlichsten erkennbar an Einkommens- und Bildungsunterschieden, spielen eine zunehmend wichtige Rolle. Dabei zeigt sich, dass diese Unterschiede ebenso wie in Deutschland und USA in dem Sinne erblich sind, als die Einkommensverhältnisse und das Bildungsniveau der Eltern einen bestimmenden Einfluss auf die Lebenschancen der Kinder haben. Das ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass in Japan eine neue Klassengesellschaft entsteht. Es ist eine Gesellschaft, die durch soziale Ungleichheit gekennzeichnet ist, die vor allem in der unterschiedlichen Verfügung über Einkommen, Bildung und sichere Beschäftigung zum Ausdruck kommt. Da Bildung in der Wissensgesellschaft immer wichtiger wird, wird der Zusammenhang zwischen diesen Parametern immer enger. Ein hohes Einkommen ermöglicht bessere Bildungschancen für die Kinder, die dadurch leichter lukrative und dauerhafte Beschäftigung finden.

Weitere Anzeichen einer sich formenden Klassengesellschaft sind nicht zu übersehen. Die Armutsquote steigt und war 2008 die vierthöchste aller OECD-Länder. Seit Mitte der 1980er Jahre hat die Ungleichheit von Einkommen aus Arbeit und Ersparnissen um 30 % zugenommen, während Kinderarmut im gleichen Zeitraum von 11 % auf 14 % angestiegen ist. Altersarmut ist etwas zurückgegangen, liegt aber über dem OECD-Mittel. Insgesamt verstärkt sich der Eindruck, dass Japan sich zu einer zunehmend stratifizierten Gesellschaft mit schichtspezifisch unterschiedlichen Lebenschancen entwickelt.

48. Gibt es in Japan Armut? Japan ist ein reiches Industrieland. Seit Jahrzehnten gehört es nach allen Indikatoren, die gesellschaftlichen Reichtum messen, zur Spitzengruppe aller Länder. Mit rund 9 % des Weltprodukts war Japan bis 2009 nach der EU und den Vereinigten Staaten die drittgrößte Volkswirtschaft. Sein Anteil am Weltprodukt ist je nach Index etwas größer oder etwas kleiner als ein Drittel des europäischen, wobei die Bevölkerung der EU fast viermal so groß ist wie die Japans. Auch das japanische BIP pro Kopf ist dementsprechend sehr hoch. Die Realeinkommen sind hoch, und obwohl sie in den letzten Jahren zurückgegangen ist, ist auch die Sparquote privater Haushalte relativ hoch.

Dieser Reichtum war bis in die 1990er Jahre relativ gleich verteilt. Einkommensunterschiede waren geringer als in anderen Industrie-

ländern, und nur wenige Japaner mussten sich um ihren Arbeitsplatz sorgen. 1990 lag die Arbeitslosigkeit bei 2,1 %. Auch wenn manche nur ein knappes Auskommen hatten, war Armut kein Thema, das die Sozialpolitiker oder die Gesellschaft als Ganze beschäftigt hätte. Das hat sich seither geändert. Seit 1980 hat sich der Anteil der nicht-regulär Beschäftigten auf über 30 % aller Arbeitnehmer mehr als verdreifacht, was eine Vergrößerung der Einkommensunterschiede nach sich gezogen hat. Bis 2006 hatte sich die Arbeitslosenquote seit 1980 verdoppelt. Eine OECD-Studie aus dem gleichen Jahr attestierte dem einst so egalitären Japan Einkommensunterschiede, die über dem Durchschnitt der OECD-Länder lagen. Zwei Jahre später wurde diese Einschätzung wiederholt und durch die Angabe ergänzt, dass 14,9 % der Japaner unter der Armutsgrenze von 50 % des mittleren Einkommens lebten. 2009 veröffentlichte die japanische Regierung erstmals selbst eine Armutsrate: 15,7 %. Nach anderen Berechnungen liegen im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts bis zu ein Fünftel aller japanischen Haushalte unter der Armutsgrenze.

Die Ursachen der neuen Armut sind vielfältig. Durch die Alterung kommen die Rentenkassen unter Druck, und es wird für den Staat zunehmend schwieriger, das soziale Netz enger zu knüpfen. In Japan stehen jedem Rentner über 65 nur 2,5 Werk tätige gegenüber. Im OECD-Durchschnitt sind es 4. Dementsprechend müssen immer mehr Menschen auch im Alter für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen ist deutlich höher als in anderen OECD-Ländern, teils aus Neigung, teils aus Notwendigkeit. 44 % des Einkommens von Haushalten mit älteren Menschen ist Erwerbseinkommen, verglichen mit einem OECD-Durchschnitt von 20 %.

Die Bedingungen der Arbeitslosenversicherung sind so restriktiv, dass 77 % der Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten (2008). Auch Sozialhilfe erhalten nicht alle, die kein Einkommen haben oder die trotz Einkommen unter der Armutsgrenze liegen. Mindestlöhne variieren regional und sind zum Teil so niedrig, dass Vollzeitarbeit für Mindestlohn nicht ausreicht, den Lebensunterhalt zu sichern.

Besonders besorgniserregend ist die zunehmende Kinderarmut. Eins von sieben Kindern lebt in Armut. Für Kinder Alleinerziehender (in der Regel Mütter), die häufig wegen des Kindes keine Vollzeitbeschäftigung annehmen können und mit monatlich 70 000 bis 80 000 Yen auskommen müssen, steigt der Prozentsatz auf eins von

zwei. Zum Teil ist das eine unwillkommene und unvorhergesehene Folge der Liberalisierung des Scheidungsgesetzes, das wenig wirksame Sanktionen bei der Nichtzahlung von Alimenten vorsieht. Kinderarmut ist vor allem deshalb ein großes Problem, weil es in einer äußerst materialistischen Gesellschaft, in der Bildung teuer ist, einen Teufelskreis von schlechter Ernährung, schlechter Gesundheit, schlechter Ausbildung und schlechten Jobs einleitet und damit die Reproduktion der Armut in einer neuen Unterschicht.



Wirtschaft

58. Wie groß ist die japanische Wirtschaft? Japan war bis 2009 die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, nach den USA. Seit 1968, als es die BRD überholte, hatte es diesen Platz inne. 2010 wurde Japans Bruttoinlandsprodukt (BIP) dann von dem Chinas übertroffen, wobei China in einer Phase großen Wachstums ist, während Japans ausgereifte Wirtschaft nur noch geringe Wachstumsraten aufweist. Japan entwickelte sich in der Nachkriegszeit von einer armen, noch immer größtenteils agrarischen Wirtschaft zu einem hochentwickelten Industrieland. Vier wichtige Phasen hat es dabei durchlaufen: Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Ölchock und Stagnation.

Bis 1952 dauerte die amerikanische Besatzung, die darauf achtete, dass Japan nicht wieder zu einer militärischen Großmacht werden konnte. Sie zerschlug die großen Kartelle (*zaibatsu*), die durch die Verflechtung von Industrie, Finanzwirtschaft und Handel und in enger Zusammenarbeit mit der japanischen Regierung Japans Expansion nach Übersee vorangetrieben hatten. 1949 wurde der Wechselkurs auf 360 Yen pro US-Dollar festgelegt. Alle Anstrengungen richteten sich darauf, das zerstörte Land wieder aufzubauen.

Japans «Wirtschaftswunder», das bis 1989 dauern sollte, begann nach der Besatzungszeit. Es ging darum, den Westen durch ständige Produktivitätssteigerung einzuholen. Nachdem die Trümmer aufgeräumt waren, bedeuteten jede neue Maschine und jeder Industriearbeiter anstelle eines Bauern einen Gewinn. Japan profitierte von seinen niedrigen Löhnen und dem günstigen Wechselkurs. Das Exportvolumen nahm beständig zu und ließ die Wirtschaft wachsen. Der heimische Konsum wurde ebenfalls angekurbelt. Die Regierung Ikeda verkündete 1960 den «Einkommensverdopplungsplan», der jeder Familie «die drei Schätze» – Fernseher, Waschmaschine und Auto – bringen sollte. Die Einkommen stiegen parallel zum Wirtschaftswachstum, das im Schnitt bei 10 % lag. Die Industrie investierte die Gewinne in noch produktivere Maschinen, wodurch das Wachstum weiter vorangetrieben wurde.

Um 1973, als die Ölkrisen die Weltwirtschaft erschütterten, stand Japan als einziges nicht-westliches Land wirtschaftlich und technologisch auf einer Ebene mit den anderen Industrieländern, die einen Großteil der japanischen Produkte importierten. Die durch Japans

große Handelsüberschüsse verursachten Friktionen führten zur Wechselkursfreigabe des Yen, der nun zu einem Kurs um die 290 Yen pro US-Dollar gehandelt wurde. Der teurere Yen, teurere Rohstoffe und höhere Löhne schmälerten die Gewinnspannen der Industrie, die bei Investitionen zu sparen begann. Um den Wachstumsrückgang aufzufangen, legte Ministerpräsident Kakuei Tanaka ein mit Staatsschulden finanziertes Stimulierungspaket vor. Japan wurde mit Autobahnen, Flugplätzen, Flussbett- und Küstenverstärkungen, Shinkansen-Verbindungen, Brücken usw. «zubetoniert». Der Plan ging auf. 1979 betrug Japans Haushaltsdefizit 6,1 %, hohe Wachstums- und Investitionsraten blieben erhalten. Der Export boomte, Handelsüberschüsse wuchsen weiter und führten insbesondere mit den USA zu heftigen Konflikten (1983–1987). Bei einem Treffen der fünf wichtigsten Industrieländer (G5) 1985 stimmte Japan wieder einer Aufwertung des Yen zu. Der Yen wurde nun um 120 Yen pro US-Dollar gehandelt und ist seither eine starke Währung. Die beinahe hundertprozentige Steigerung seines Werts erschwerte den Export, machte aus Japan aber nach Dollars ein schwerreiches Land und eine Wirtschaftsgrößmacht. Der Handelsüberschuss wurde in Auslandsanlagen umgesetzt, vor allen Dingen durch den Kauf amerikanischer Staatsobligationen sowie Investitionen in Fabriken und Immobilien. Zuhause musste der Exportrückgang durch Konsum aufgefangen werden. Die Japanische Zentralbank senkte die Zinsen und sorgte für reichlich Liquidität. Das Image des reichen Landes, der Überfluss an billigem Geld, das waren Voraussetzungen für eine Wirtschaftshausse, in der Grundstückspreise und Aktien in die Höhe schossen. Der Nikkei-Aktienindex bewegte sich 1985 um die 10 000. Am 29. Dezember 1989 erreichte er sein historisches Hoch von 38 915 Punkten, während im Tokyoter Einkaufsviertel Ginza ein Quadratmeter für 36 Mio. Yen (320 000 Euro) gehandelt wurde.

Ende 1989 hob die Japanische Zentralbank den Zinssatz an, um der Inflation entgegenzuwirken. Die Seifenblase zerplatzte in der ersten Handelswoche 1990. Die Aktienkurse brachen ein, was einen Domino-Effekt hatte, weil große Mengen Aktien mit geliehenem Geld und Immobilien als Sicherheit gekauft worden waren. Japan geriet in eine Finanzkrise, mit Firmenpleiten und Banken, die mit faulen Krediten belastet waren und deshalb die Bedingungen für die Kreditvergabe verschärften. Die Regierung versuchte wiederholt, das Wachstum wie in den 1970er Jahren mit Stimulierungspaketen und

öffentlichen Infrastrukturprojekten anzukurbeln. Jahr für Jahr schwollen die Staatsschulden an, während die Japanische Zentralbank den Diskontsatz gegen Null absinken ließ. Aber diese Maßnahmen waren nur bedingt wirksam. Japan war in den 90er Jahren wie alle anderen Länder der Globalisierung ausgesetzt, was u.a. dazu führte, dass die japanische Industrie immer mehr Produktionsstätten in Billiglohnländer auslagerte, während gleichzeitig Billigimporte ins Land kamen. Die Arbeitslosigkeit nahm zum ersten Mal zu und stieg über 5 Prozent. Die vor diesem Hintergrund durchgeführten Deregulierungsmaßnahmen der japanischen Regierung bewirkten die Aufweichung des Beschäftigungsschutzes. Die Zahl der nicht-regulären (und schlechter bezahlten) Arbeitsverhältnisse erhöhte sich drastisch. Die Unsicherheit unter den Menschen nahm zu, auch bezüglich ihrer Altersversorgung. Die Konsumenten setzten auf Sparen.

Seit den 1990er Jahren stagniert die japanische Wirtschaft: Deflation, Null-Zinssatz, hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Die Staatsverschuldung ist auf über 200% des BIPs gewachsen. Der Inlandskonsum ist rückläufig. Die Menschen sind verunsichert. Japan ist noch immer ein reiches Land, weil die Bürger, anders als der Staat, in guten Zeiten gespart haben. Noch läuft die Wirtschaft, weil jetzt China und die Schwellenländer von Brasilien bis Vietnam in der Aufholphase sind und japanische Produkte kaufen. Mit Wachstum im Inland kann Japan weniger rechnen, weil die Bevölkerung schnell schrumpft. Es sieht so aus, als würde Japan erneut eine Pionierrolle spielen: die des ersten Industrielandes, das sich auf eine schrumpfende Bevölkerung und auf einen schrumpfenden Markt einstellen muss.

59. Was sind die tragenden Säulen der japanischen Industrie? Im Ausland kennt man die großen Namen der japanischen Industrie: Sony und Hitachi, Toyota und Honda, Canon, Asics, Shiseido usw. Die großen Unternehmen, insgesamt etwa 13 000, sind wichtig. Sie sind die Zugpferde der japanischen Wirtschaft. Aber die Kernarbeit wird vom Fußvolk der 1,5 Mio. kleinen und mittelständischen Betriebe geleistet. Ihre Namen sind außerhalb Japans meist unbekannt, aber viele der Großen kaufen hier ein, und zwar das Beste, was Japan an Qualität zu bieten hat. 7 von 10 Japanern verdienen hier, in den Werkstätten im Quartier (*machikōjō*), in den Ein-Zimmer-

Ateliers oder auch in etwas größeren Fabriken, ihren Lebensunterhalt. Ähnlich wie in Deutschland ist die Wirtschaft hauptsächlich von kleineren Unternehmen geprägt, nur sind in Japan die Beziehungen zwischen großen Firmen und kleinen Zulieferern noch enger.

Diese duale Struktur der wenigen Großen und vielen Kleinen gab es bereits in der vorindustriellen Zeit. Die anfangs unter staatlicher Führung vorangetriebene Industrialisierung im späten 19. Jahrhundert baute auf ihr auf. Nach und nach überließ der Staat die neuen Industrien dem privaten Sektor, nämlich reichen Familien, die schon in der Edo-Zeit (1600–1868) eine führende Rolle spielten: Mitsui, Sumitomo und, etwas später, Mitsubishi und Yasuda. Die Meiji-Regierung war der Meinung, dass einige große, starke Firmen dem nationalen Interesse in dieser Zeit des Aufbaus besser dienten als der Wettbewerb zwischen vielen kleinen. So entstand eine Oligarchie von Industriefamilien, *Zaibatsu* genannt, die mit ihrer Hausbank im Zentrum unter der schützenden Hand des Staates neue Projekte vorantrieben.

Während der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg fand eine Restrukturierung statt. Obwohl dadurch der Wettbewerb gefördert wurde, blieb die duale Struktur im Wesentlichen erhalten. An die Stelle der wenigen *Zaibatsu* trat eine etwas größere Zahl von Firmen-Gruppen, die als *Keiretsu* bekannt wurden. Toyota, Nissan, Matsushita, Seiko u. a. kamen hinzu, aber auch sie stützten und stützen sich nach wie vor auf die Praxis, die man heute *outsourcing* nennt: Kleinunternehmen als Zulieferer. Sobald ein Auftrag die Kapazität einer Firma übersteigt, zieht sie kleinere Betriebe hinzu. Umgekehrt suchen kleine Betriebe für die Realisierung neuer Projekte die Unterstützung finanzkräftiger Unternehmen. Und schließlich gibt es noch den dritten Weg: Auf der Grundlage bewährter Zusammenarbeit entwickeln kleine Spezialbetriebe gemeinsam mit großen Unternehmen neue Ansätze und suchen nach Verbesserungen. In einer Tradition solider Ausbildung und hohen Arbeitsethos stehend, setzen die Kleinbetriebe vielfach den Weltstandard auf ihrem Gebiet. Ohne die Unterstützung eines oder mehrerer großer Unternehmen wäre ihnen das jedoch nicht möglich. Es ist diese fruchtbare Zusammenarbeit zwischen einem Großunternehmen und vielen mittelständischen und kleinen Betrieben, die die Dynamik der japanischen Wirtschaft bestimmt.